

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz



BV Opfer der NS-Militärjustiz e.V. · Aumunder Flur 3A · 28757 Bremen

Ergebnisniederschrift der Mitgliederversammlung 2013
am Dienstag, 17. Dezember 2013, 15.20 h – 18.05 h

Ort: Forum Kirche, Hollerallee 75, 28209 Bremen
Teilnahme: Anlage 1 Teilnahmeliste

Absagen und Grüße: Prof. Dr. M. Messerschmidt, Prof. Dr. W. Wette, Günter Saathoff, Dr. Peter Fischer, Walter Federmann, Marco Dräger. Dr. D. Garbe richtet Grüße aus von Prof. Dr. G. Morsch, Gedenkstätte Sachsenhausen.

**Bundesvereinigung
Opfer der NS-Militärjustiz e.V.**
Gemeinnützig anerkannter Verein

Aumunder Flur 3A
28757 Bremen

Telefon und Fax 0421-665724
info@bv-opfer-ns-militaerjustiz.de
www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Bankverbindung:
Sparkasse Bremen
Konto-Nr.: 15 145 915
BLZ 290 501 01

Der Vorsitzende, Ludwig Baumann, begrüßt die Teilnehmer/innen und Teilnehmer und eröffnet die Versammlung. Mit deren Einvernehmen moderiert Günter Knebel durch die Tagesordnung.

Top1. Regularien

Zur Versammlung wurde rechtzeitig eingeladen. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Die Tagesordnung wird mit Ergänzungen unter Top 6 Verschiedenes angenommen. Die Ergebnisniederschrift der Versammlung 2012 wird genehmigt.

Top 2. Bericht des Vorsitzenden über die Vorstandsarbeit 2012-2013. Aussprache.

Ludwig Baumann informiert über seine Mitwirkung als Sachpreisrichter im Verfahren zur Auslobung eines Deserteurdenkmals in Hamburg und den aktuellen Sachstand. Er berichtet über seine Mitwirkung zur Herstellung einer Veröffentlichung des Herder-Verlages (Freiburg), der im Frühjahr 2014 ein Buch herausgeben wird unter dem Titel „Niemals gegen das Gewissen – Plädoyer des letzten Wehrmacht-deserteurs“.

In der Aussprache wird an weitere Aktivitäten erinnert, die im Berichtszeitraum stattgefunden haben: Beim 4. Klotzfest in Hamburg am 4. Mai 2013, mit der Setzung einer Gedenktafel für die Opfer der NS-Militärjustiz am 8. Mai in der Gedenkstätte Sachsenhausen, zum Abschluss der Präsenz der Wanderausstellung „Was damals Recht war“ in Ludwigsburg Mitte Juni 2013 und jüngst mit einer Veranstaltung der Stadt Greven bei Münster am 17. November 2013. (Medienberichte in Anlage beigefügt.)

Top 3. Informationen zum Stand der Erinnerungsarbeit – Gedenkort für Opfer der NS-Militärjustiz:

- Die Wanderausstellung „Was damals Recht war...“ ist bis Mai 2014 in der Gedenkstätte Flossenbürg. Anhaltend gute Öffentlichkeitsarbeit zum Unrecht der Wehrmachtjustiz durch die Ausstellung und deren Begleitprogramme können seit 2007 an vielen Orten bilanziert werden.

- Über Esterwegen berichtet Kurt Buck von der positiven Resonanz seit der Neueröffnung der Gedenkstätte am 31.10.2011. Die Neugestaltung habe den Ausstellungsort weit über die Grenzen des Landkreises und des Landes Niedersachsen hinaus bekannt gemacht und insbesondere die Darstellung des Themas Opfer der Wehrmachtjustiz hat bemerkenswerte Beachtung gefunden. Nachfragen und Besuche von Angehörigen auch aus Südeuropa sind keine Seltenheit und lassen die Nähe der Vergangenheit stets deutlich werden. Die Besucherzahlen, 2013 rd. 26.000 darunter 270 Schulklassen, stabilisieren sich auf hohem Niveau. Die Verfolgung der Deserteure ist regelmäßig Thema.

Vorsitzender:
Ludwig Baumann, Bremen

Schriftführer:
Günter Knebel, Bremen

Wissenschaftlicher Beirat:

Ehrenvorsitzender: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg

Dr. Peter Fischer, Berlin · Dr. Detlef Garbe, Hamburg
Günter Saathoff, Berlin · Prof. Dr. Peter Steinbach, Baden-Baden und Berlin
Dr. Rolf Surmann, Alicante/Spanien, ehem. Hamburg

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz



- Halbe: Ob und inwieweit das Gedenken an die dort bestatteten Opfer der NS-Militärjustiz im Rahmen der im Juni 2013 neu eingerichteten „Bildungs- und Begegnungsstätte“ unter der Leitung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge stattfindet, bleibt zu erkunden.
- Potsdam: Die Versuche der Landeshauptstadt, ein schlüssiges Gedenkkonzept zu entwickeln, bleiben aus Sicht der Bundesvereinigung bisher ergebnislos und damit kritikwürdig. Die Eröffnung eines Ausstellungsmoduls zur NS-Vergangenheit in der Gedenkstätte „Lindenstraße 54“ wurde vor allem dadurch bekannt, dass „vergessen“ wurde, Verbände von NS-Opfern einzuladen. Ob die Kommunikationsdefizite u.a.m. behebbar sind, bleibt offen.
- Sachsenhausen: Am 8. Mai wurde eine Gedenktafel für die Opfer der NS-Militärjustiz, die im KZ Sachsenhausen inhaftiert waren und von denen eine größere Zahl dort umgekommen ist, eingeweiht. Die Einladung zur Einweihung und die Dokumentation der Ansprachen der Feierstunde sind an die Mitglieder versandt worden und auf der Homepage präsent.
- Anklam: Gisela Vormann berichtet von einem Besuch im Friedenszentrum, das eine Veranstaltung auf Usedom durchgeführt hat. Das Wehrmachtgefängnis in Anklam soll als private Gedenkstätte erhalten bleiben.
- Torgau: Rolf Surmann informiert eingehend über seine Mitwirkung im Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG). Er unterscheidet zwei Ebenen seiner Betrachtung.

Der StSG-Versuch, die sächsische Gedenkpoltik auf die Bundesebenen zu übertragen, könne zwar als erfolglos angesehen werden, bleibe aber unterschwellig wirksam. Das äußere sich z.B. in führender Mitgliedschaft der StSG in der Plattform „Europäische Erinnerung und Gewissen“, die insbesondere mit Unterstützung aus osteuropäischen Ländern auf die europäische Geschichtspolitik einzuwirken versuche. In einer verkürzenden Sichtweise werde eine Verlagerung historischer Aufarbeitungsschwerpunkte gefordert, NS-Verbrechen und -Kriege werden aus dem Blickwinkel der Totalitarismus-Forschung mit dem Unrecht kommunistischer Herrschaft gleichgesetzt. Der gut begründete Antrag der Bundesvereinigung an die StSG, aus der o.a. Plattform auszutreten, ist bisher in den zuständigen Gremien nicht behandelt worden, er bleibt aber auf der Tagesordnung.

Gedenkstätte Torgau: Die von den wissenschaftlichen Beiräten einvernehmlich geforderte Überarbeitung der Ausstellung „Spuren des Unrechts“ in Schloss Hartenfels (DIZ Torgau) sei „auf Eis gelegt“. Die wünschenswerte „große Lösung“ sei finanziell nicht gedeckt, die „kleine Kompromiss-Regelung“ sei zwar zugesagt, aber terminlich offen. Ein diesbezüglicher „Workshop“ sei für 2014 angekündigt. Folgerung: Angesichts der Sachlage und vorhandener Finanzmittel des Landes Sachsen für andere historische Projekte müsse die Bundesvereinigung auch weiterhin die „große Lösung“ einfordern

Nach eingehender Erörterung wird beschlossen: Die Mitgliederversammlung teilt die vorgestellte Sachanalyse und bekräftigt die bereits vorgebrachten Forderungen. Allein mit dem Schwerpunkt „Gedenken an die Opfer der NS-Militärjustiz“ kann Torgau ein Profil als Gedenkort gewinnen. Damit wird sowohl den einschlägigen Forderungen des Deutschen Bundestages entsprochen, wie auch Torgaus Rolle als Sitz des Reichskriegsgerichts 1943-45. Das diesbezüglich beabsichtigte Vorgehen des Vorsitzenden und des Vertreters der Bundesvereinigung im StSG-Beirat findet die Unterstützung der Mitgliederversammlung.

Top 4. „Wehrmachtjustiz und militärischer Strafvollzug in KZs“ – Skizze von Dr. Rolf Surmann für ein Tagungsprojekt

Das Konzept für eine wissenschaftliche Tagung zum Thema liegt allen Teilnehmer/innen als Tischvorlage vor (Anlage 3). Es wird vom Verfasser vorgestellt und erläutert.



Die Mitgliederversammlung nimmt die Expertise dankbar zur Kenntnis, Sie teilt die Einschätzung, dass die Forschungslage zum militärischen Strafvollzug in der NS-Zeit noch lückenhaft ist und begrüßt erneut das Vorhaben, durch eine wissenschaftliche Tagung auf die Beseitigung dieser Lücken hinzuwirken. Im Blick auf Kooperationspartner wird die Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Esterwegen angestrebt. Kurt Buck sieht dafür gute Möglichkeiten. Zur weiteren Kommunikation des Vorhabens sollen über die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats der Bundesvereinigung hinaus weitere interessierte Fachwissenschaftler/innen angesprochen und zur Mitwirkung eingeladen werden. Zu allen Fragen der weiteren Umsetzung liegt seitens der Bundesvereinigung die Verantwortung und Zuständigkeit bei Dr. Rolf Surmann, der auf informelle Zusammenarbeit mit der „Geschäftsstelle/Schriftführung des Vereins“ zählen kann.

Top 5. Auskunft zur Situation des Vereins und Kassenbericht

Über Vereinsangelegenheiten informiert Günter Knebel. Die im Vorjahr beschlossene Änderung im Vereinsvorstand ist mit Datum vom 27. Februar 2013 beim Vereinsregister Bremen eingetragen worden. Die Zahl der Mitglieder des Vereins ist auf 31 zurückgegangen, einschließlich der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats.

Anhaltend Sorge bereitet die finanzielle Lage des Vereins, dessen Arbeit allein durch gelegentliche Spenden von Mitgliedern und durch sporadische Zuschüsse des Vereins der Bundestagsfraktion Die Linke e.V. finanziell „über Wasser“ gehalten werden kann. Vor diesem Hintergrund sind Mitglieder des Vereins, die in ökonomisch gesicherten Verhältnissen leben, erneut eingeladen, bei Ihren Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke auch das Konto der Bundesvereinigung stets im Blick zu haben: Die Kontonummer ist 15145915 bei der Sparkasse Bremen, BLZ 29050101, die neue IBAN-Angabe ist: DE32290501010015145915, BIC: SBREDE22XXX.

Erfreulich und motivierend ist die wachsende Nutzung des noch jungen Internet-Angebots der Bundesvereinigung. Die Jahresstatistik 2013 hat insgesamt 6.290 Besuche von 4.134 unterschiedlichen Besucher/innen ergeben, d.h. im Durchschnitt monatlich 524 Besuche von 345 Besucher/innen. Die >Besuchsdauer< betrug im Monatsdurchschnitt 345 Sekunden, d.h. fast 6 Minuten. Insgesamt wurden 52.897 Seiten besucht, an Dokumenten „heruntergeladen“ wurden insgesamt 13,34 GB, d.h. monatlich 817 „Downloads“ (Jahresdurchschnitt).

Top 6. Verschiedenes

- Kurz berichtet wird über eine Initiative in Berlin-Wilmersdorf/Charlottenburg, die mit einer Gedenktafel im öffentlichen Raum der Uhlandstraße an einen dort hingerichteten jungen Deserteur der Wehrmacht erinnern will – stellvertretend für weitere Deserteure. Die Versammlung begrüßt die beabsichtigte Unterstützung der Initiative durch ein Schreiben an zuständige Stellen. Weitere Informationen im Internet, Stichwort >Uhlandstraße 145<.

Ludwig Baumann dankt für die rege Teilnahme an der Versammlung, wünscht Gutes zum Jahreswechsel und äußert seine Hoffnung, dass die Entwicklung gegen manchen Augenschein zugunsten der Bundesvereinigung verlaufen wird.

Bremen, 8. Februar 2014

Ludwig Baumann, Vorsitzender

Günter Knebel, Schriftführer
- Protokoll -

3 Anlagen: - Teilnahmeliste

- Medienberichte zu Greven

- Konzept für wissenschaftliche Tagung „Wehrmachtjustiz und militärischer Strafvollzug“